



Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 11.

Charlottenburg, Freitag, den 15. März 1918.

Jahrg. 45.

Ein Reichsamt für Gesundheitspflege und Sozialversicherung.

Um die offen fühlbare Ueberlastung des Reichsamts des Innern zu beseitigen, ist durch den Kaiserlichen Erlaß vom 21. Oktober 1917 eine Teilung vollzogen worden, wodurch das Reichswirtschaftsamt geschaffen wurde. Bei diesem übereilten Vorgang ist zum Nachteil des Gesundheitswesens, der Bevölkerungspolitik und des Arbeiterschutzes eine Zweiteilung beibehalten geblieben, die sich auch allgemein vom Standpunkt der Sozialpolitik als unpraktisch und wenig förderlich erweisen muß. Nach der Neuregelung gehören jetzt zum Geschäftsbereich des Reichsamts des Innern 12 Abteilungen, wobei als zugehörig auch das Gesundheitsamt mit dem Medizinal- und Veterinärwesen, das Armenwesen und die Physikalisch-Technische Reichsanstalt usw. in Betracht kommen, während dem Reichswirtschaftsamt mit 21 Abteilungen die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt (Charlottenburg), die Behörden für Untersuchung von Seemannsfällen, das Statistische Amt, das Aufsichtsamt für Privatversicherung, das Reichsversicherungsamt und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sowie der Reichskommissar für Übergangswirtschaft überwiesen wurde. Wie in der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 31. Oktober 1917 darüber ausgeführt wird, gehören unter anderem zu dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamts auch diejenigen Angelegenheiten, welche auf die Fürsorge für die arbeitenden Klassen (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Arbeiterversicherung, Arbeiterschutz, Sonntagsruhe usw.), auf Wohlfahrtseinrichtungen, das Wohnungsfürsorgewesen, die Verhältnisse des Arbeitsmarktes und sonstige Fragen, die sich auf die Sozialpolitik beziehen. Danach bleibt ein wichtiger Teil des Reichsgesundheitswesens bei dem Reichsamt des Innern, während der übrige große Teil in das Reichswirtschaftsamt eingeordnet wurde. Durch diese Trennung des Reichsversicherungsamts vom Reichsamt des Innern muß sich auch die Kluft zwischen dem Gesundheitsamt erweitern und das Zusammenwirken erschweren, wodurch bei der bekannten Macht der Bürokratie in weiterer Folge die von der Partei und den Gewerkschaften geforderte Einheitlichkeit und Zentralisation des Reichsgesundheitswesens und der hierbei wirkenden Kräfte ernstlich in Frage gestellt wird.

Dieser Dualismus auf dem Gebiete der reichsorganisatorischen Gesundheitsfürsorge kann auch der Arbeiterklasse zu den Bestrebungen der Verstaatlichung des Medizinalwesens nicht gleichgültig sein. Aber auch in den ärztlichen Kreisen hat diese Neuregelung einen Widerspruch gefunden. Wie in der Arbeiterklasse, so ist man auch hier schon seit Jahren mit der Organisation der Tätigkeit des Kaiserlichen Gesundheitsamtes unzufrieden und hat für beträchtlich weitgehende Forderungen propagiert. Und dabei wird jetzt schon zum Ausdruck gebracht, daß auch das Reichswirtschaftsamt infolge einer Arbeitsüberlastung nur geringe Erfolge in Aussicht stellen kann. In dem Organ „Ortskrankenkasse“ (Dresden), Nr. 21, 1917, wird in einer Abhandlung von Dr. jur. H. Elster unter dem Titel „Bestrebungen für ein gesundheitliches Reichsamt“ unter anderem gesagt: „Das Kaiserliche Gesundheitsamt ist zwar eine Reichszentralbehörde, aber es ist nicht das, was man als oberste Exekutivbehörde für Hygiene und Sanitätswesen

sich wünscht. Zwar erstreckt sich die Wirksamkeit des Gesundheitsamts außer auf wissenschaftliche auch auf gesetzsvorschlagende und administrative Tätigkeit, aber die gesetzsvorbereitende Tätigkeit ist hier auch wesentlich nur der Ausfluß wissenschaftlicher Untersuchungen und Erfahrungen, und zur verwaltenden Tätigkeit gehören insbesondere die Aufstellung von Vorschriften über die Beschaffenheit von Arzneimitteln, Anstellung von Analysen, Beseitigung des Geheimmittelsunfugs, Herausgabe des Arzneibuches für das Deutsche Reich, die intellektuelle Leitung der Gesundheits- und Veterinärpolizei, die Prüfungsschriften der Medizinalpersonen und anderes mehr. Das ist freilich ein großer Teil dessen, was ein Reichsamt für Hygiene und Sanitätswesen zu leisten hätte, aber es ist eben nur ein Teil und es ressortiert im übrigen von einer „nicht gesundheitlichen“ Oberbehörde, ist also nicht das, was beispielsweise in Oesterreich-Ungarn neuerdings in einem eigenen Gesundheitsministerium geschaffen werden soll. Denn wo bleiben die großen Fragen der Bevölkerungspolitik, der Klassen- und allgemeinen Sozialhygiene, der umfassenden Maßnahmen der Krankheitsbekämpfung auf dem Verwaltungswege und der vorbeugenden sanitären Aufgaben, die aus der Reichssozialversicherung entstanden sind?“

Eine andere Strömung ist für eine Dreiteilung des Reichsamts des Innern, mit einem „Reichsamt für Sozialpolitik“, also mit einer Trennung der Sozial- von der Wirtschaftspolitik, worin die soziale Hygiene mehr realisierend und verwaltungstechnisch zum Ausdruck gebracht werden sollte. Im Zusammenhang mit diesen Reformvorschlägen steht auch die Forderung eines „Reichssekretariats für Gesundheitspflege und soziales Versicherungswesen“, wie es von dem Sozialhygieniker Dr. med. Prof. Alfred Grotjahn im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 310 vom 20. Juni 1917) dargestellt und empfohlen wurde. Danach soll das Reichsgesundheitsamt, das Reichsversicherungsamt, die Reichsanstalt für Angestellte usw. zusammengefaßt werden. In der Begründung wird u. a. mit dem Hinweis auf das Hygieneministerium in England und den Ministerien für Volksgesundheit und soziale Fürsorge in Oesterreich und Ungarn gesagt: „Den größten Nutzen von dem neuen Staatssekretariat würden Reichsgesundheitsamt und Reichsversicherungsamt haben, weil sie beide ihre Eigenart beibehalten und doch sich gegenseitig mehr als bisher befruchten und vor Reichstag und Bundesrat sich weitaus kräftiger zur Geltung zu bringen vermöchten als bisher. Es würde mit einem Schlag der jetzt von sozialhygienischer Seite so stark empfundene Uebelstand fortfallen, daß im Gesundheitsamt des Reichs zu sehr Theorie und Wissenschaft ohne Fühlung mit der Verwaltung getrieben wird, im Reichsversicherungsamt dagegen häufig der gute Wille und die Möglichkeit eines großzügigen sozialhygienischen Wirkens zu einem dem Stande der hygienischen Wissenschaft nicht entsprechenden kostspieligen Experimentieren führte.“ Die letzteren Ausführungen wird jeder bestätigen müssen, der im Verlauf der Jahre nur einigermaßen die Dinge im Zusammenhang mit der Ausgestaltung des Arbeiterschutzes beim Reichsamt des Innern verfolgen konnte. Aus den Kreisen der Ärzte und Intellektuellen fordert man deshalb kurzgefaßt: ein „Reichsministerium für das gesamte Gesundheitswesen“ mit einer ärztlichen Oberleitung. Inwiefern hierdurch auch eine Zahl von wichtigen Problemen, wie das Zusammenwirken der Krankenkassen mit

den ärztlichen Organisationen und mit dem deutschen Apothekerverein usw., eine mehr zeitgemäße Lösung im Sinne einer fortgeschrittenen Sozial- und Gesundheitsfürsorge finden können, ist eine andere Frage. Ferner kann auch sehr fragwürdig erscheinen, ob zur Verstaatlichung des Arztes- und Apothekerwesens, des Drogenhandels und der chemisch-pharmazeutischen Industrie ein solches Ministerium als geeignet erscheint. Es liegt dabei sehr nahe anzunehmen, daß eine „ärztliche Oberleitung“ gerade gegen die Realisierung dieses Problems eine Gefahr bedeuten kann; denn die ärztlichen „Standesinteressen“, die sich auf einem sehr materiellen Boden bewegen, wurden im letzten Jahrzehnt zum Nachteil der Arbeiterpatienten oft recht unhuman zur Geltung gebracht. Wenn das schon unter einer juristischen Oberleitung möglich war, was kann dann nicht alles von einer ärztlichen Oberleitung erwartet werden!

Inwieweit das Reichsamt des Innern, das Reichsversicherungsamt zu den Fragen des Arbeiterschutzes nachteilig beeinflusst hat, ist wohl schwer zu übersehen. Aber durch Tatsachen bestätigt steht unzweifelhaft fest, daß in diesem Amt viel zu langsam gearbeitet und ungemein viel Zeit verschwendet wird. Durch die jetzt neu geschaffene Organisation ist das Zusammenarbeiten des Reichsversicherungsamts mit dem Gesundheitsamt noch mehr unterbunden worden als vordem, wo beide Ressorts dem Reichsamt des Innern unterstellt waren. Das wird auch im Zusammenhang mit den Zielen zur Bevölkerungspolitik, des Gesundheitswesens und des Arbeiterschutzes auf einen anderen Teil der Ressorts, wie z. B. die Physikalisch-Technische Reichsanstalt und das Bauwesen zutreffen, wo diese doch als mitwirkend bei der Hygienetechnik und dem Wohnungswesen in Frage kommen. Vor allem wird die Forderung zu vertreten sein: daß das Gesundheitsamt auch dem Reichswirtschaftsamt mit zu unterstellen ist. Zu einem besseren und praktischen Zusammenarbeiten bliebe immerhin noch die Frage offen: Inwieweit das Gesundheitsamt mit dem Reichsversicherungsamt zu einer „Zentralstelle für Gesundheitswesen“ vereinigt oder auszugestalten als möglich erscheint. Einer derartigen Zentralstelle würde aber auch eine erweiterte und mehr verantwortliche Selbständigkeit gewährt werden müssen. Als dringend erforderlich wird sich jetzt aber auch ergeben haben: das Reichsversicherungsamt mit den Berufsgenossenschaften von dem schleppenden Geschäftsgang zu den Fragen des Arbeiterschutzes zu befreien. Das könnte un schwer dadurch geschehen, daß durch einen Zusatz in der Reichsversicherungsordnung (§§ 87, 804, 855, 857) bestimmt wird, in dem Amt einen Beirat, bestehend aus gleichen Teilen von Unternehmern und Arbeitern, einzufügen, der bei Einzelfragen zur Unfallverhütung anregend und verantwortlich mit zu entscheiden hat. Denn wie die Erfahrungen offen bekunden, genügen hier, um schädliche Einflüsse und nachteilige Unterlassungen zu verhindern, die je zwölf nichtständigen Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten auf keinen Fall. Wie in diesem Zusammenhang sich zeigt, handelt es sich hier um äußerst wichtige Arbeiterinteressen, die auch dementsprechend im Reichswirtschaftsamt und im Bundesrat eine ernste Wahrnehmung erfordern. Denn wie vom Reichsversicherungsamt seinerzeit zum Ausdruck gebracht wurde: „ist die Wahrnehmung der Unfallverhütung die vornehmste Aufgabe der Berufsgenossenschaften!“

G. Heinke.

Aus unserm Berufe.

Weissen. Einen Einblick in die gewiß nicht günstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft der staatlichen Porzellanmanufaktur in Weissen gewährt der Verhandlungsbericht der zweiten Sächsischen Landtages. Beim Kapitel: „Porzellanmanufaktur“ machte der Abgeordnete Linke (Soz.) folgende Aussagen:

In der Porzellanmanufaktur wurden auch heute noch Löhne gezahlt, die sehr dürftig sind. Es sei bedauerlich, daß in einem Staatsbetriebe noch Löhne gezahlt werden, die zu einem auskömmlichen Leben unter reinen Umständen ausreichen. Nach der Lohnstatistik betrage bei den männlichen Arbeitern der Durchschnittslohn 62 Pfennig, der Tagelohn in der höchsten Lohnklasse 5,58, in der niedrigsten Lohnklasse 4,01 M. bei einer neunmündigen Arbeitszeit. Die weiblichen

Arbeiter erhalten einen Durchschnittslohn von 37 was einem Durchschnittstageslohn von 3,30 M. entsprechen. einem derartigen Lohne sei, noch dazu in der gegenwärtigen Zeit, einfach nicht durchzukommen. Deshalb habe er (Redner) auch in der Deputation die Regierung ersucht, die Löhne zu verbessern; sie betrachte sie aber als auskömmlich und scheine Lust zu haben, nach dieser Richtung etwas zu tun. Eine Kategorie von Arbeiterinnen werde sogar noch mit monatlich 60 entlohnt! Im Jahre 1917 sei ein Ueberschuß von über 600000 M. gemacht worden, da sollte man doch auch die Verbesserung der Arbeitslöhne etwas übrig haben. vielen Aufträge, die noch der Erledigung harren, machen auch nötig, daß die Arbeiter gesund bleiben. Das sei aber den niedrigen Löhnen nicht möglich. Bekanntlich sei die Beschäftigung in den Porzellanfabriken sehr gesundheitsgefährlich. Die Krankenziffer sei in der Porzellanmanufaktur sehr bedeutend gestiegen. So habe es 1915 bei 551 Beschäftigten 173 Erkrankte, 1916 aber bei 515 Beschäftigten 209 Erkrankte gegeben. Die Krankheitsdauer sei von 1915 auf 1916 von 10,93 auf 12,52 Tage pro Beschäftigten. Diese sehr hohe Krankheitsziffer sollte der Regierung zu denken geben; sie sollte den Ursachen nachgehen und würde dabei finden, daß in den Arbeitsräumen, in denen Staubentwicklung besonders groß sei, die Entwicklung der Krankheitskeime begünstigt werde. Gute Entlohnung, genügende Ventilation und ein Erholungsurlaub im Sommer seien deshalb am Platze.

Ein anderer Uebelstand sei die Ueberstundenwirtschaft. In einem Staatsbetriebe sollten Ueberstunden so gut wie gar nicht vorkommen. Tatsächlich seien aber in der Porzellanmanufaktur 1917 13666 Ueberstunden von 110 Arbeitern geleistet worden, so daß auf einen Arbeiter durchschnittlich 124 Ueberstunden entfallen. Diese Ueberstundenwirtschaft trage ebenfalls dazu bei, daß die Arbeiterschaft nicht leistungsfähig bleibe, zumal bei der jetzigen ungenügenden Ernährung. Die Frau würden teilweise entgegen den Bestimmungen in der Gewerbeordnung, an Sonnabenden noch bis 6 Uhr beschäftigt. Die Gewinnbeteiligung trage Schuld an den schlechten Löhnen, der Ueberstundenwirtschaft und den häufigen Erkrankungen. Die Beamten, die großes Interesse an hohen Gewinnanteilen hätten, suchten solche auf Kosten der Arbeitskraft der Arbeiter zu erzielen. Die Löhne würden gedrückt, damit der Gewinn recht hoch werde. Im Jahre 1917 seien an Gewinnanteilen über 44000 M. ausbezahlt worden. Die Abschaffung dieses Ausbeutungssystems liege im Interesse der Staatsbetriebe. Die Regierung sage, sie könne darauf nicht verzichten, weil es einen Ansporn für die Angestellten bilde. Durch angemessene Löhne würde aber eine gesunde Betriebseinrichtung geschaffen werden. Die Weihnachtsgratifikation, die den Arbeitern gewiß an sich zu gönnen sei, habe zu Auswüchsen geführt. Nur einzelne, Günstlinge, erhalten größere Beträge, während die anderen mit kleinen Beträgen von 5 bis 10 M. abgespeist werden. Die Abschaffung der Gratifikation würde auch von den Arbeitern begrüßt werden, mindestens sollte aber eine Norm für eine gleichmäßige Verteilung geschaffen werden. Redner fragt dann die Regierung, ob Beamte, wenn sie Urlaub erhalten, Urlaubsgelder von 300 bis 500 M. erhalten, während man auf der anderen Seite äußerst zaghaft sei, Arbeitern im Erkrankungs- und Notfalle eine Unterstützung zu gewähren, und fordert nochmals recht schnelle Aufbesserung der Löhne.

Darauf entgegnete der Finanzminister v. Sehndewitz, daß die Löhne 1917 erheblich gestiegen seien. Eine Statistik darüber läge aber noch nicht vor. Auch hätten die Arbeiter Zulagen erhalten. Zuzugeben sei, daß 1916 die Krankheitsfälle gegenüber 1915 zugenommen hätten. Das erkläre sich aber daraus, daß im Kriege gerade die gesündesten Arbeiter eingezogen worden seien, als Ersatz hätten vielfach weibliche Arbeiter herangezogen werden müssen, bei denen naturgemäß die Erkrankungen häufiger wären. Freilich gäbe es auch Krankheitsursachen infolge des Betriebes, aber in anderen gleichartigen Betrieben lägen die Verhältnisse noch ungünstiger. Daß Urlaubsgelder an Beamte gewährt würden, möchte er bestreiten, indessen wäre es möglich, daß im Einzelfalle einem erkrankten Beamten eine Unterstützung gewährt worden sei. Die Lantienen würden nur zum kleinen Teile nach dem Nettogewinn bemessen, im übrigen aber nach dem Umsatze.

Ueber die Höhe der Löhne in den Jahren 1915 und 1916 geben die nachstehenden Zahlen Auskunft, wenn auch nicht in vollkommener Weise.

a) Artistische Arbeiter:	1915	1916
männliche Stückerbeiter bei der Gestaltung	1926 M.	2348 M.
do. bei der Figurenmalerei	1874 "	2337 "
do. bei der Glasmalerei	1359 "	1551 "
weibliche Stückerbeiter	827 "	947 "
b) Technische Arbeiter		
inschließlich der nichtständigen Arbeiter	1143 "	1295 "
c) Durchschnitt	1392 "	1642 "

Die Arbeiterschaft der Meißener Staats-Manufaktur hat keinerlei Einfluß auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuüben, weil sie ihrer beruflichen Organisation nicht angehört. Uns will scheinen, daß auch diese Arbeiterschaft es nicht weniger notwendig hätte, als die Arbeiter der Privatfabrik, sich durch den Zusammenschluß in der Organisation die Möglichkeit zu schaffen, mitbestimmen zu können, was ihr rechtmäßigerweise zusteht.

Die Arbeitslosenziffer ist in unserm Verbandsgebiete auch im Januar weiter gestiegen. Arbeitslos waren am Ende der ersten Woche des Monats Januar 87 männliche und 334 weibliche Mitglieder, zusammen 421. Bei den männlichen Mitgliedern betrug die Zahl der Arbeitslosen 3,9 v. H., bei den weiblichen 12,9 v. H., im Durchschnitt 8,7 v. H. gegen 6,5 v. H. am Ende des Monats Dezember 1917. Die durchschnittliche Arbeitslosenziffer in allen 34 Verbänden, die für den Monat Januar an das Kaiserliche Statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, berichtet haben, betrug 0,9 v. H. In unserm Verbandsgebiete steht diese Ziffer demnach ganz erheblich über dem Durchschnitt. Nach Landesanteilen geordnet betrug Ende Dezember die Arbeitslosenziffer in unserem Verbandsgebiete: In Berlin und Brandenburg 0,4 v. H., in Posen und Schlesien 0,7 v. H., in Provinz Sachsen und Anhalt 1,4 v. H., in Bayern (rechtsrheinisch) 6,9 v. H., in Thüringen und Königreich Sachsen 5,8 v. H. Die alleinige Schuld an dem Wiederanstieg der Arbeitslosenziffer trifft u. E. den herrschenden Kohlenmangel, der in den Monaten Dezember und Januar besonders scharf in Erscheinung trat.

Diese Auffassung wird auch bestärkt durch den Bericht des kgl. Bayerischen Statistischen Landesamts, in dem gesagt wird: Von dem Kohlenmangel wurde u. a. besonders auch die Porzellanindustrie betroffen, die (in Oberfranken) zahlreiche größere Aufträge hatte, die günstige Geschäftslage aber nur in beschränktem Maße ausnutzen konnte.

In den Berichten der Industrie wird zur Geschäftslage gesagt:

Für die Porzellanindustrie hat weder eine Verbesserung noch ein Verschlechterung stattgefunden. Der Geschäftsgang gestaltete sich auch im Vergleich zum Vorjahre unverändert gut.

In den Steingutfabriken entsprach die Tätigkeit im Januar ungefähr der des Vormonats und des Vorjahres. Der Bedarf an Gebrauchsgeschirren war fortgesetzt stark.

Die ersten Berichte, die über den Verlauf der am 4. März begonnenen Frühjahrsmesse in Leipzig vorliegen, lassen erkennen, daß die Nachfrage nach Erzeugnissen der Porzellan- und Steingutindustrie nach wie vor unvermindert stark ist. Bei der günstigen Position sind die Industriellen in der angenehmen Lage, sich bei Festsetzung der Verkaufspreise Rückgaben und Beschränkungen irgendwelcher Art nicht auferlegen zu brauchen. Alle unsere Kollegen mögen diese Tatsache zur Notiz nehmen und ihre Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Bonn. Die Ludwig Wessel Akt.-Ges. für Porzellan- und Steingutfabriken Bonn weist für 1917 einen Ertrag auf Fabrikations- und Warenkonto von 919 940 M. (1916: 873 559) aus. Nach Abzug der Unkosten sowie der Abschreibungen von 74 518 M. (79 553) ergibt sich ein Reingewinn von 548 459 M. (797 8), aus dem der aus den Vorjahren verbliebene Verlustvortrag von 484 537 M. getilgt und darüber hinaus ein Ueberschuß von 639 22 M. ausgewiesen werden kann. Dieser Betrag wird zum größten Teile für die Zahlung vertragsmäßiger Lantiemen, für Zuweisung an die Rücklage für Beamtenunterstützung usw. verwendet. Eine Dividende gelangt nicht zum Vorschlag. Das Gesamterträgnis, zu dem laut Geschäftsbericht die sehr rege Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gesellschaft und die besseren Preise beigetragen haben, ist in Wirklichkeit noch viel größer gewesen, als in den obigen Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung zum Ausdruck kommt, denn die Gesellschaft hat vor Festsetzung des Fabrikationsgewinnes noch 450 750 M. für „Abnutzung“ auf die Fabrikanlagen abgesetzt, so daß die Gesamtabschreibungen sich auf 525 330 M. stellen. In der

Bilanz wird bei verringerten Kreditoren ein Bankguthaben von 648 934 M. (26 296) ausgewiesen.

Der Geschäftsbericht dieses Unternehmens, das lange Jahre mit bedeutenden Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, liefert ebenfalls einen Beweis, daß für die feinkeramische Industrie eine geradezu glänzende Prosperitätsperiode besteht.

Aus andern Verbänden.

Lohnforderungen in der Glasindustrie. Auf Drängen der Mitglieder hat der Vorstand des Verbandes der Glasarbeiter Deutschlands an den Schutzverband deutscher Glasfabriken, der die Beleuchtungs- und Weißglasindustrie umfaßt, folgende Forderungen eingereicht:

Eine Erhöhung der Löhne aller Arbeiter und Arbeiterinnen, bis zu 60 M. wöchentlich, um 25 Proz.; von über 60 M. bis 80 M. wöchentlich um 15 Proz.; von über 80 M. wöchentlich um 10 Proz.

An die Flaschenindustriellen ist die Forderung gestellt, daß die Löhne um 25 Proz. erhöht werden sollen, und die gleiche Forderung ist den Flakonglasindustriellen zugegangen. Bei allen diesen Forderungen hat der Vorstand seine Bereitwilligkeit zur Verhandlung erklärt und dabei den Wunsch ausgedrückt, daß die Forderungen ab 1. April bewilligt werden mögen.

Der Vorstand ermahnt die Mitglieder, in eine umfassende Agitation für den Verband einzutreten. Im Jahre 1917 hat die Organisation einen Zuwachs von 2028 neuen Mitgliedern erfahren.

Zurzeit zählt der Verband 7059 Mitglieder, damit umfaßt er den Teil der Arbeiter, auf die es in der Industrie vor allen Dingen ankommt.

Der Verband der deutschen Buchdrucker beruft seine IX. (außerordentliche) Generalversammlung zum 27. Mai d. J. nach Würzburg ein.

Vermischtes.

An die Adresse der Unorganisierten! Der „Vorwärts“ schreibt: Obwohl die deutsche Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahre von einer erfreulichen Zunahme ihrer Kämpferschar berichten konnte, gibt es leider noch viele Hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich ihrer Pflicht zum Beitritt ihrer Berufsorganisation entziehen. Die Mehrzahl unter ihnen weiß es wohl, wem sie es zu verdanken hat, daß ihre Löhne und Steuerzulagen mit den immer höher gestiegenen Lebensmittelpreisen eine ständige Erhöhung erfahren haben. Es ist ihnen bekannt, daß sie in den Genuß des erhöhten Verdienstes nur durch die rege und aufopferungsbolle Tätigkeit ihrer organisierten Berufsgenossen und deren Funktionäre gekommen sind. Gleichwohl scheuen jene der Organisation Fernstehenden sich, auch ihrerseits die Pflichten eines wahren Menschen gegenüber ihren Berufs- und Klassengenossen zu erfüllen. Daß sie in ihrer absichtlichen, nur aus egoistischen Motiven entspringenen Drückebergerei Verrat an ihren Mitmenschen üben, daß sie durch ihr Abseitsstehen den Kampf der Arbeiterklasse um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erschweren und seine Erfolge verlangsamen helfen, scheint jenen vielen, die nicht säen, aber doch gern ernten, nicht immer klar zum Bewußtsein zu kommen.

Um wie vieles könnte die Gewerkschaftsbewegung mächtiger sein, wenn sich alle die der Organisation Fernstehenden an ihre Pflicht erinnerten.

Und ahnen jene abseitsstehenden, opferreichen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht, daß nach dem Kriege die Gewerkschaftsbewegung auf Grund der dann eintretenden schwankenden Beschäftigungslage vor große, heute noch gar nicht zu überschätzende Aufgaben gestellt werden kann?

Viele mögen vielleicht die Absicht haben, erst dann, wenn nach Beendigung des Krieges die Arbeitsbedingungen die ungünstigsten seien, der Organisation beizutreten.

Die so kalkulieren, sind schlechte Rechner. Will und soll die Gewerkschaftsbewegung der mannigfachen Schwierigkeiten, die sich aus dem späteren, langsamer Erholung bedürftigen Wirtschaftsleben ergeben, Herr werden, so bedarf diese schon heute der materiellen und ideellen Unterstützung aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Nur dann können die einzelnen Berufsorganisationen ihren großen Aufgabekreis erfüllen und — was die Hauptsache ist — ihre Berufsangehörigen vor aller

sich aus der Ungunst der Arbeitslage erwachsenen Unbill und dem zu erwartenden Lohndruck schützen. Und diejenigen, die gewissermaßen zu den absichtlich parasitären Genießern der organisatorischen Früchte gehören, mögen sich gesagt sein lassen, daß ihr Beginnen ebenso verwerflich wie verabscheuungswürdig ist. Wer in Ruhe und Gemächlichkeit Früchte genießt, die er anstatt seiner eigenen fremder Anstrengung verdankt, führt ein würdeloses Leben.

Wer die Früchte seiner organisierten, auf die ständige Verbesserung der Arbeitsbedingungen drängenden Berufskollegen erntet und bisher noch nichts zu ihrer Unterstützung getan hat, der komme daher dieser Pflicht nach.

Im Interesse der Dabeingeblichenen wie der später wieder zu uns Zurückkehrenden laute die Parole für jeden einzelnen: Sinein in die Gewerkschaftsorganisation!

Vertikale Unternehmer-Kartelle. Der sehr rührige Deutsche Industrieschutzverband tritt in seinen „Mitteilungen“ Nr. 4 vom Januar d. J. für die Schaffung von örtlichen Unternehmerkartellen ein. Und zwar nimmt er Bezug auf die Zeitschrift eines Mitgliebes, das darüber seinem Unmut Ausdruck gibt, daß bei dem für ihn zuständigen Gewerbeamt der Herausgeber des dortigen sozialdemokratischen Blattes als Arbeitgeberbeißer mitwirkt.

Es wird nun auf die Gewerkschaftskartelle hingewiesen, die durch ihre Zusammenfassung aller örtlichen Kräfte es ermöglichen, daß soaar Arbeitgeberbeißer aus ihren Reihen gewählt werden könnten und daß dadurch überhaupt die Gewerkschaften sich einen weitachenden Einfluß zu sichern vermöchten. Dem hätten die Arbeitgeber nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen, es wäre aber höchste Zeit, entsprechende Einrichtungen zu schaffen, zumal das angekündigte Arbeitskammergesetz wieder eine ganze Anzahl von Organen schaffen würde, deren Tätigkeit mehr noch als alle bisherigen von tief einschneidender Bedeutung für die Arbeitgeber sein wird. Der Deutsche Industrieschutzverband bittet daher die Mitglieder derjenigen Orte, wo die lokale Arbeitgeberorganisation noch fehlt, um Mitteilung und Vorschläge: er sei gern bereit, den Arbeitgebern bei Gründung örtlicher Organisationen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Die Volksfürsorge erfreut sich steigenden Vertrauens. Der kürzeste Monat Februar brachte seit Ausbruch des Krieges die höchste Antragsproduktion. Es wurden einmachtet 6801 Versicherungsanträge (2870 im gleichen Monat des Jahres 1917, 1763 im Jahre 1916 und 950 im Jahre 1915). Davon waren 6372 für Kapitalversicherungen mit 1785 302 M Versicherungssumme und 432 für Spar- und Risikoversicherungen.

Die Verbeurteilung, die seitens der Vertrauensleute der Volksfürsorge seit einigen Monaten in verstärktem Maße aufgenommen wurde, hat überall gute Erfolge gebracht und den Beweis geliefert, daß die Versicherungslust und die Versicherungsmöglichkeit in den weitesten Arbeiterschichten vorhanden ist.

Aufwärtsbewegung der österreichischen Gewerkschaften. Auch in den österreichischen Gewerkschaften zeigt sich dieselbe Tendenz der langsamen Aufwärtsentwicklung wie bei uns. Im Jahre 1916 hatte die rückläufige Bewegung in den Mitgliederbeständen ihren Höhepunkt überschritten, 1917 zeigten schon eine Reihe von Zentralverbänden recht beträchtliche Mitgliederzunahmen. Auch die Beitragseinnahme verbesserte sich.

Zum größten Teil wird diese befriedigende Gestaltung der Gewerkschaften im Jahre 1917 auf deren eifrige Tätigkeit auf dem Gebiete der Lohnbewegungen zurückzuführen, die sich allerdings auch nur in beschränkter Bahnen, in der Erringung von Teuerungszulagen, bewegten. Auch die Unternehmer in Österreich lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß nach dem Kriege ein Abbau der unerträglich hohen Löhne eintreten soll. Die Gewerkschaften in Österreich sind daher gleich unseren Gewerkschaften daran, auch durch höhere Beiträge für eine Stärkung der Organisation und die Schaffung eines Kampffonds zu sorgen.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit im Jochen das 22. Heft vom 1. Band des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Demokratisierung des Gemeindevahlrechts in Preußen. Von Hugo Heimann. — Das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Auffassung der Bolschewiki. Von R. E. Veron. — Die Monopolfrage. Von Georg Bener. — Zur Finghe des Frontsoldaten. Von Joseph Mliche. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Fernverkäufer und Kolportage zum Preise von M. 3.50

das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post um das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 5. Nummer des 35. Jahrgangs erschienen.

Der Preis der Nummer ist 15 Pf. Probenummern sind jedoch durch den Verlag F. S. W. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, f. von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen ist uns soeben Nr. 11 des 28. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Ein Stück Frieden. — Das ist Kluch. Gedicht von Umland. — Internationale Frauenkonferenz, Völkerverständigung. — Ein Beitrag zur Entwicklung und Organisation der Frauenarbeit. Von Artur Höpfner.

Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierjährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mark.

Sterbetafel.

Eisenberg. Minna Billing, geb. Mack, Verpußerin, geboren am 22. Juli 1890 in Eisenberg, gestorben am 2. März an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1911.

Zeltow. Paul Fels, Dreher, geboren am 5. Juni 1880 in Dittmannsdorf, Kreis Waldenburg i. Schles., gestorben am 21. Januar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1885.

Zeltow. Josef Dengler, Formengießer, geboren am 18. November 1868 in Mlersgrün (Böhmen), gestorben am 5. März an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1900.

Moschendorf. Karl Jüngling, Dreher, geboren am 25. April 1859 in Drlamünde, gestorben am 1. März an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1905.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Zum sofortigen Eintritt werden gesucht:

Ein Beherdreher, ein Tellerdreher, ein Ovalformer, ein Unterglasurmal, ein Aufglasurmal, ein Formeneinrichter

Porzellan-Manufaktur Burgau a. S., Burgau bei Jena.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für alle Abteilungen unseres Betriebes:

Dreher, Gießer, Gießerinnen, Kapselmacher, Schlemmer, Brenner, Glasurcer, Malerinnen, Schablonenschneider.

Steingutfabrik Staffel G. m. b. H., Staffel bei Limburg a. Lahn.

Oberbrenner gesucht.

Rheinsberger Steingutfabrik G. & C. Carstens, Rheinsberg i. Mark.

Geschäfts-Anzeigen.

Alle Goldabfälle, Goldasche, Lappen, Pinsel u. dergl. kauft gegen sofortige Kasse

Carl Dendl, Markttredwiz i. Bayern, Lorenzreutherstr. 10.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiedepinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen kauft
Mar Haupt, Dresden-A, Böhmisches-Platz 17.

Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel u. s. w. kauft zu höchsten Preisen
Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32. Schnelle, reelle Bedienung.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider Charlottenbg., Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 27.